

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Anzeiger für Oestrich-Winkel

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.50
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühren.) =
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzeile 20 Pfg.

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Expeditionen: Oestrich-Winkel u. Eltville.

Druck und Verlag von Adam Estienne in Oestrich.
Fernsprecher No. 88.

Grösste Abonnentenzahl in
Oestrich-Winkel u. Umgebung.

Nr 143

Samstag, den 30. November 1918

69. Jahrgang

Erstes Blatt.

Die heutige Nummer umfaßt 2 Blätter
(6 Seiten).

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Das Bezirks-Kommando Wiesbaden wird am 30. November
abends geschlossen und aufgelöst.

Bezirks-Kommando Wiesbaden.

Bekanntmachung.

Die Regierung in Wiesbaden hat mit dem 1. 12. 18 in dem
Gesetze betr. Kr. 3 ein

Kreis-Meldeamt

für die Kreise

Wiesbaden-Stadt

Rheingau

Untermain

eingesetzt.

Das Kreis-Meldeamt ist zuständig für:

- Anmeldung entlassener Heeresangehöriger,
- Regelung etwaiger personl. Ansprüche derselben, sowie
Befreiung rückständiger Wehrpflicht, Entlassungsge. der. Eine
besondere Bekanntmachung hierüber folgt noch.
- Bearbeitung der Renten- und Versorgungssachen Kriegs-
beschädigter.

Alle vom Militär entlassenen Personen haben sich umgehend
bei dem Kreis-Meldeamt anzumelden.

Wiesbaden, den 27. November 1918.

Vor Regierung-Präsident:

Bekanntmachung.

Der besondere Sicherheitsdienst des Arbeiter- und
Soldatenrates bei der hiesigen Polizei ist in der bisherigen
Form aufgehoben. Die Sicherheitsleute unterstehen direkt
der Polizei-Marine-Oberrate. Auch ist aus seiner
Stellung als Leiter des Sicherheitsdienstes ausgeschieden.

Wiesbaden, den 28. November 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Zur Durchführung des deutschen Wirtschaftslebens in den
Frieden ist eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung
„Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung“ (Demobilis-
mationsamt) errichtet worden. Das Demobilisationsamt gibt
folgendes bekannt: Alle von den deutschen Kriegsministerien,
stellvertretenden Generalkommandos, Gouvernements und Kom-
mandanturen erlassenen Bekanntmachungen über die Regelung
kriegswirtschaftlicher Verhältnisse, (z. B. Beschlagsnahme, Höchst-
preisverordnungen usw.) bleiben im Interesse der wirtschaftlichen Demo-
bilisation zunächst in Kraft. Ihre Abänderung und Aufhebung
sowie auch die nötigen allgemeinen Ausnahmen werden unver-
züglich von dem Demobilisationsamt Berlin, verlängerte Hei-
mannstr. 10, oder in seinem Auftrag erlassen werden. Die Kriegs-
rohstoffabteilung bleibt bestehen und handelt im Auftrage des
Demobilisationsamtes.

Mainz, den 15. November 1918.

V. S. des Gouvernements: Für den Chef des Stabes:
Sommer, Major.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß diejenigen militärischen
Personen, die ordnungsmäßig entlassen sind und einen Ausweis
dafür bei sich führen, keinerlei Eingriffe seitens der Okkup-
ationstruppen zu gewärtigen haben. Alle anderen laufen Gefahr,
von den feindlichen Okkupationstruppen interniert zu werden.

Mainz, den 15. November 1918.

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates.

J. A. Dieß.

V. S. des Gouvernements: Für den Chef des Stabes:
Sommer, Major.

Bekanntmachung.

Die Telegraphenverwaltung ist angewiesen worden, alle Tele-
gramme und Gespräche von Zivilpersonen zurückzugeben außer
den dringenden Telegrammen und Gesprächen, damit die geregelte
und rasche Abwicklung von Dienstgesprächen und Diensttele-
grammen ermöglicht wird.

Mainz, den 15. November 1918.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates:

J. A. Dieß.

Gouvernement. Für den Chef des Stabes:
Sommer, Major.

Bekanntmachung.

Sämtliche Zivilpersonen, die mit militärischen Bekleidungs-
und Ausrüstungsgegenständen sowie Waffen angetroffen werden, haben
zu gewärtigen, von den Militärpatrouillen festgenommen zu werden,
um sie den Zivilgerichten zuzuführen. Die Militärpatrouillen sind
mit entsprechender Anweisung versehen.

Mainz, den 15. November 1918.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates:

J. A. Dieß.

Gouvernement. Für den Chef des Stabes:
Sommer, Major.

Bekanntmachung.

Die Bevölkerung wird hiermit gewarnt, Kraftfahrzeuge und
Kraftwagen für den Transport von Soldaten und Kraftfahrern anzukaufen.
Zu widerhandlungen werden nach den bestehenden Gesetzen
verurteilt.

Im Auftrage des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und
Soldatenrates:

gez. Klee.

V. S. des Gouvernements: Für den Chef des Stabes:

gez. Sommer, Major.

Bekanntmachung betreffend Einstellung der Er- zeugung von Heeresbedarf.

Im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat be-
stimme ich für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden
folgendes:

1. Rohstoffe jeder Art, insbesondere Leder, Metall und Textil-
stoffe, die in ihrer jetzigen Form ohne weitere Bearbeitung zu
Friedenszwecken verwendet werden können, dürfen zur Erzeugung
von Kriegsmaterial nicht mehr verarbeitet werden.
2. Keine Munitionsbetriebe sind am 22. November 1918 still-
zulegen. Als solche kommen in Betracht:
a) Munitionsbetriebe, die vor Ausbruch des Krieges der
Metallindustrie nicht angehörten,
b) Munitionsbetriebe, die nicht in der Lage sind, sofort eine
größere Anzahl ihrer Arbeiter mit Friedensarbeit zu be-
schäftigen.
3. Gemischte Betriebe.

Den Stammbetrieben der Metallindustrie wird gestattet, ihre
Herstellung von Gegenständen, die lediglich Kriegszwecken dienen,
allmählich abzubauen. Die Erzeugung solcher Gegenstände ist
jedoch spätestens am 6. Dezember 1918 abends völlig einzustellen.

Wiesbaden, den 21. November 1918.

Der Demobilisationskommissar.

J. V. gez. Köster.

Bekämpfung der Sperlinge.

An die Herren Landräte.

Während die Meinungen über die Schädlichkeit oder Nütz-
lichkeit der einzelnen Tiergattungen vielfach auseinandergehen,
herrscht in Fachkreisen Uebereinstimmung darüber, daß die Sper-
linge, und zwar sowohl der Hausperling (passer domesticus),
wie der Feldperling (passer montanus) ganz vorwiegend schädlich
sind. Bei der großen Verbreitung dieser Vogelarten fällt der
Schaden wirtschaftlich bedeutend ins Gewicht. Unter den jetzigen
Ernährungsschwierigkeiten ist er um so empfindlicher. Als Maß-
nahmen zur Minderung der Sperlingsplage kommen zur Winterson-
zeit besonders das Fangen der Sperlinge in den Ställen und das
Schleichen der sich nach Schneefall auf schneebedeckten Flächen
mit Futter bestreuten Plätzen anfallenden Sperlinge mit Vogeldunst
in Betracht.

Bei starker Kälte pflegen sich Sperlinge in größerer Zahl
in den Ställen einzufinden, wo sie dann leicht an die Fenster
gedrückt und gefangen werden können. Nach dem Räte des
Freiherrn von Berlepsch, Schloß Seebach, sollen möglichst nur die
Weibchen, die bei den Hausperlingen leicht kennlich sind, weg-
gefangen werden, da dann die bereits ohnehin in Ueberzahl be-
findlichen Männchen das Brutgeschäft noch mehr stören werden,
als es jetzt der Fall ist.

Wenn bei Schneelage die Sperlinge nach kleinen schneefrei
gemachten Plätzen durch Futter angelockt werden, können sie
mit einem Schuß in größerer Anzahl erlegt werden. Als Lock-
mittel kann vom Heuboden entnommener Unkrautsamen dienen.
Die Sperlinge stellen, besonders wenn der Abschuß zu Beginn
des Winters geschieht, ein sehr schmackhaftes Nahrungsmittel dar,
das sicher noch leichter, wie dies bereits bei den Saatkrähen in
den Ställen Abfahrgen wird. Es empfiehlt sich, Hausierer
hierfür zu interessieren. Bei der jetzigen Lage des Fleischmarktes
ist auch der kleinste Gewinn willkommen.

Berlin, den 5. November 1918.

Ministerium

für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Im Auftrage

Freiherr von Hammerstein.

Betr.: Erwerbslosenfürsorge.

Das Demobilisationsamt hat Vorkehrungen zur Erwerbs-
losenfürsorge getroffen. Danach haben die Gemeinden Fürsorge
für die Erwerbslosen einzutreten zu lassen. Die Erwerbslosen sind
jedoch verpflichtet, jede ihnen nachgewiesene geeignete Arbeit
auch außerhalb des Berufs und Wohnorts anzunehmen, sofern für die
Arbeit ordnungsgemäße, angemessene Lohn geboten wird. Anträge
sind an die Herren Bürgermeister zu richten.

Im übrigen siehe Verordnung vom 13. 11. 1918 (Reichsge-
setzblatt 1305.)

Rüdesheim a. Rh., den 25. November 1918.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.

Betr.: Aufhebung der Sperre für den Kartoffel- bezug aus 5 Gemeinden und 3 Höfen.

Die Sperre für den Bezug von Kartoffeln auf Bezugschein,
die über die Gemeinden Eppenschied, Presberg, Stephanshausen
und Wallmerschied sowie über die Höfe Steinhelm, Drals und
Neuhof verhängt war, wird hiermit aufgehoben.

Rüdesheim a. Rh., den 22. November 1918.

Der Kreisausschuß des Rheingaukreises.

Anerkennung der deutschen Gewerkschaften.

Mit der am 15. November abgeschlossenen Verein-
barung, laut welcher die Gewerkschaften als berufene

Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt werden und die
Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen
durch Vereinbarungen zwischen Berufsvereinigungen fest-
gesetzt werden, wird — so schreiben die „Leipz. N. N.“
— „ein 30jähriger innerer Krieg“ abgeschlossen. Die
ganze Regierungszeit Wilhelms 2. ist angefüllt ge-
wesen von diesen, bald offen ausbrechenden, bald unter-
irdisch weiter schwellenden Kämpfen um die Gleichbe-
rechtigung der Arbeiterschaft in der Industrie. Nach
vor Bismarcks Rücktritt gedachte der junge Kaiser diese
Lebensfrage des deutschen Volkes, wie so manche an-
dere auch, von heute auf morgen zu lösen. „Die So-
zialdemokratie überlassen sie mir“, ist eines von
seinen raschen Worten. Als die Februar-Erlasse den
übertriebenen Erwartungen, die fürstlicher Dilettantis-
mus an sie geknüpft hatte, nicht gerecht wurden, folgte
der zähe Umschlag aus der Richtung Jid in die Rich-
tung Jach. Der „Arbeiterkaiser“ warf sich ganz der
industriellen Herrenlaste in die Arme, wir erleben Um-
sturzvorläufe und Zuchtungsgefühle und das ganze Drum
und Dran der schweren sozialen Kämpfe, die das Reich
in den neunziger Jahren oft bis in die Grundmauern
erschüttert haben. Klare Köpfe wie der verstorbenen na-
tionalliberale Führer Bassermann haben es schon da-
mals erkannt, daß die Anerkennung der gewerkschaftli-
chen Organisationen der einzig mögliche Abschluß die-
ser Kämpfe sein müsse. Durchzusetzen vermochte auch
er sich mit dieser seiner Ansicht nicht. Alles, was,
dank der Bemühungen der sozial empfindenden Bil-
dungsschichten im Bürgertum, zu erreichen war, lief
auf eine Art von Waffenruhe hinaus, die von dem
gewandten Techniker der Regierungskunst Bülow mit
äußerer Anstrengung und großen Opfern, darunter
der Mittellandkanal, erhalten wurde. Dabei ist nicht
zu vergessen, daß das Unternehmertum den Stand-
punkt des „Herr im Hause sein“ durchaus nicht nur
aus starrer Herrenmoral hinaus verfolgt; es gab da-
bei sehr wohl begründeten Rücksichten auf die Wettbe-
werbsfähigkeit gegenüber dem Auslande nach. Aber
das ist ja eben auch eine der Erkenntnisse, die der Krieg
unter Schmerzen bei reifen lassen, daß in der indu-
striellen Welt, wie wir sie vor dem Kriege erzwungen
und hoch und höher gesteigert hatten, ein gut Stück
Freihandelskultur steckt. Wir sind wettbewerbsfähig ge-
blieben, wir haben das allseitige Industriefieber der Welt
vielfach geschlagen, auf Kosten der sozialen Gesundheit
des Volkstörpers. Mit überreiztem Nervensystem und
einziger Muskelüberanstrengung ist dieser Volkstörper in
den Weltkrieg eingetreten, hat da wirtschaftliche und
technische Leistungen vollbracht, die noch in Jahrhun-
derten das gerechte Staunen der Nachwelt erregen wer-
den, ist aber schließlich doch der Ueberzahl nicht nur,
sondern auch den gesünderen Nerven und der ausge-
glicheneren Volkstatur der Angelsachsen erlegen. Jetzt
gilt es, die deutsche Wirtschaft auf eine neue, tragfä-
hige Grundlage zu stellen und ein früher vernachlässig-
tes Ziel, die innere Gesundheit des Wirtschaftskörpers,
in den Vordergrund zu rücken. Diese Forderung wird
durch den Arbeitsvertrag zwischen Gewerkschaften und
Unternehmerverbänden in der Industrie, den man mit
Recht die „Magna carta“ der Arbeit genannt hat,
vorbehaltlos anerkannt. Anerkannt wird dadurch, was
rund 30 Jahre zu lang einseitig bestritten worden ist:
daß nämlich die deutsche Industrie nicht nur aus Unter-
nehmern besteht, sondern daß die Arbeiter mit dazu
gehören. Und zwar nicht nur so mit dazu gehören, wie
Maschinen und Rohstoffe und Halbfabrikate dazu ge-
hören, sondern als ein organisiertes Willenswesen, das
nicht nur „Hände“, sondern auch einen Willen und ein
Herz und einen Kopf hat. Diese alte Auffassung, die
die Arbeiter nur nach „Händen“ zählt, ist in England,
in schweren Kämpfen, schon während der ersten bei-
den Drittel des 19. Jahrhunderts überwunden worden,
also zu einer Zeit, wo Deutschland noch gar kein Indus-
triestaat war, und dieser zeitliche Vorsprung der inne-
ren Entwicklung ist mit einer der Gründe, weshalb Eng-
land den Krieg gewonnen hat und wir nicht. Eine an-
dere Frage ist allerdings die, ob Deutschland, wie es
heute ist, alle Industriefaktoren der Welt mit der sozia-
len Versicherung überholte, sie nicht auch jetzt, England
eingeschlossen und Amerika ganz gewiß, mit dem Ar-
beitsvertrag auf einen Schlag überholt. Dieser Ver-
trag kann eine Waffe werden, die das besiegte Deutsch-
land, ehe ein Menschenalter vergangen ist, im fried-
lichen Wettkampf der Völker wieder an die führende
Stelle bringt. Keine Schwierigkeiten der Durchführung,
keine Klagen über unerschwingliche Belastung brauchen
uns an dieser berechtigten Hoffnung irre zu machen.
Von den Eisen-Gartenbergischen Reformen bis zur sozia-
listischen Sozialreform sind noch alle grundlegenden
Erneuerungen von düsteren Prophezeiungen begleitet
gewesen, sie würden den Ruin des Vaterlandes zur
Folge haben. Auch die Gleichberechtigten der Gewerkschaften,
die partiellistischen Arbeitsnachweise und der Acht-
fundentag werden manchen der Anfang vom Ende dün-
ken. Aber die deutsche Arbeiterschaft ist viel zu ge-
reift, um ihre eigene Nährmutter, die Industrie, um-
bringen zu wollen. Es wird tiefgreifende Umstellungen
geben, und ohne schwere und ernste Reibungen wird
das gewiß nicht abgehen, aber — es wird gehen,
vor allem, weil es muß, weil nur auf dieser neuen
Grundlage der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, das
neue Deutschland aufgebaut werden kann, das den un-
geheuren Aufgaben der nächsten Zukunft gewachsen ist.

Zur inneren Lage.

Die Vorgänge in Köln.

(b.) Köln, 28. Nov. Das Nachrichtenbureau des Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Der Sicherungskommissar bei der Reichsregierung gab an das Kriegsministerium in Berlin ein Telegramm auf, mit der Bitte, es der Reichsregierung zur Kenntnis zu bringen. Darin wird gesagt, daß der Durchmarsch durch Köln sich bisher ruhig vollzogen habe, aber die Provokationen mehrten sich. Zurückkehrende Offiziere hielten aufstrebende Ansprachen an das Publikum und versuchten auch, gegen ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates tätig zu werden. Das Infanterie-Regiment Nr. 28 hätte beim Passieren des Domes die Kaiserkrone spielen lassen. An die Mannschaften seien Fähnchen mit Bildern des Kaisers und des Kronprinzen verteilt worden. Die Kölner Arbeiterkassette rege sich darüber auf und dränge zu gewalttätiger Lösung, drohe auch, sofort mit Maschinengewehren einzuschreiten. Er bitte um Verhältnungsanweisung. Bis jetzt sei es gelungen, Blutvergießen zu vermeiden.

Die Heimkehr der Truppen.

(b.) Köln, 29. Nov. In Ohlig haben Soldaten der dort durchmarschierten 16. Armee vom Rathaus, Post und Bahnhof die rote Fahne entnommen und vernichtet. In Schleibach wurde der Soldatenrat verhaftet. Die unabhängige Partei verlinde die Arbeitsruhe für den oberen Kreis Solingen als Pflicht. — Geiern wurde, wie der Polizeibericht meldet, ein hochgepakter Wagen mit Geschützen und einer Feldkriegskasse mit 100 000 Mark entführt. Von dem Verbleib des geraubten Geldes fehlt noch jede Spur.

Das Schicksal der Pfalz.

BB. Ludwigshafen, 29. Nov. Die Blättermeldung, daß man in der Regierung des Volksstaates Bayern bereits mit dem Verlust der Pfalz zu rechnen scheine und geneigt sei, sie ihrem Schicksal zu überlassen, wenn sie nicht gar zum Handelsobjekt gemacht werden solle, wird nach einer anderen der Korrespondenz Hoffmann aus dem Ministerium des Reichers zugegangenen Mitteilung als Lüge bezeichnet. Der Zweck einer solchen Lüge könne nur sein, daß gewisse Elemente sich anziehen, aus irgendwelchen geschäftlichen oder sonstigen Rücksichten sich von Bayern loszulösen und einen Vorwand suchen, diesen Abfall zu beschönigen.

Die besetzten Gebiete.

b. Saarbrücken, 29. Nov. Der Postverkehr mit Saarbrücken nimmt, trotz der französischen Besetzung, wieder seinen normalen Gang. Die Zeitungen veröffentlichten Bekanntmachungen, denen zufolge auf Anordnung der französischen Kommandantur veräußert öffentliche Versammlungen und alle politischen Versammlungen verboten sind. Von allen öffentlichen Vergnügen sind Programme am Tage vor der Veranstaltung der Kommandantur einzureichen. Ansammlungen jeder Art auf der Straße müssen unter allen Umständen vermieden werden. Gegen jede Unzufriedenheit werden die Besatzungstruppen mit den Waffen einschreiten. Jeder Ausbruch von Schnaps und Rausch wird gemäß Verordnung der Kommandantur verboten. Die Ablieferung der Waffen wird verlangt.

Friede, Freiheit, Arbeit

BB. Berlin, 28. Nov. Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung tritt in einem längeren Auftruf der Befehlsführung entgegen, als sei er nur ein nach den Weisungen der Obersten Heeresleitung arbeitendes Scheinglied. In einer Erklärung heißt es u. a.: Alle Truppen begrüßen begeistert den sozialen, demokratischen Frieden, der sich in der Heimat bildet. Es wird auch nicht ein einziger Soldat im Großen Hauptquartier die Waffen gegen Volksgenossen erheben. Wir sind nicht bereit, uns für die verantwortlichen Leiter der bisherigen unheilvollen Militärpolitik einzusetzen zu lassen. Wir sind aber bereit, nach besten Kräften unsere Hilfe zur Verfügung zu stellen, damit nicht der Heeresorganisismus im Augenblick des Heimarmarsches der Auflösung verfallt; denn das würde ein unabweisbares Elend herbeiführen. So hat der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung in entscheidender Stunde höchster Gefahr mit dazu beigetragen, daß die Oberste Heeresleitung auf diejenige Seite trat, auf die sie gehört. Nach jahrelanger Qual wollen wir Ruhe, Ordnung und Frieden. Wir vertrauen der vorläufigen Regierung Ebert-Haase. Wir wollen mit ihr die schnellste Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung. Nichts darf die Freiheit antasten, die die Heimat errungen hat, kein Terror von rechts oder links, gleiches Recht allen Volksgenossen. Die Stunde drängt, es heißt handeln. Zum Schluß heißt es: Es ist nur ein Weg zum Frieden und Freiheit: Zusammenstehen für die vorläufige Regierung. Denn nur das bürgt für die Nationalversammlung und Gleichberechtigung, für die Kraft gegen alles, was uns vernichten will. Weiter wird betont, daß der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte keine Vertretung des Reiches sei. Nur die vorläufige Regierung Ebert-Haase habe die Pflicht, den Friedensschluß zu sichern und mit allen Mitteln auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen die schnellste Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung zu betreiben. Die ungeschmälerte Mitwirkung derer, die heute noch unter den Waffen ständen, müsse hierbei gewährleistet werden.

Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht.

w. Berlin, 28. Nov. Vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist folgende Verfügung erlassen worden: 1. Die geistliche Schulaufsicht ist von heute ab aufgehoben worden. 2. Die bisherigen Inhaber bleiben so lange im Amte, bis ihre Befugnisse durch die Kreis- und Provinzverwaltungen übernommen worden sind. 3. Die Übernahme ist unverzüglich in die Wege zu setzen und muß am 31. Dezember abgeschlossen sein. Des Weiteren hat das Ministerium im Interesse der Volkswirtschaft den folgenden Wunsch an das Kriegsministerium gerichtet: Im Interesse der baldigen Wiederaufnahme des vollen Unterrichtsbetriebes bitten wir das preussische Kriegsministerium, zu verfügen, daß bei der bevorstehenden Demobilisierung alle Lehrer ohne Unterschied sofort entlassen werden.

Waffenstillstandsbedingungen.

BB. Berlin, 28. Nov. Im linksrheinischen Gebiet laufen unzählige Gerüchte über die Stärke und Art der künftigen Besatzungstruppen. Alle diese Nachrichten sind falsch, da der Oberbe-

fehlshaber der Alliierten noch keine Entscheidung in dieser Frage getroffen hat. Sobald bestimmte Nachrichten vorliegen, werden sie veröffentlicht, ebenso auch über die Regelung des Personenverkehrs nach den besetzten Gebieten.

(b.) Koblenz, 28. Nov. Der Regierungspräsident macht zur Befehung des Regierungsbezirks Koblenz bekannt, daß der Bevölkerung im Verkehr mit dem Feinde ein ruhiges, angemessenes Verhalten zu empfehlen sei. Nur wenn die Bevölkerung im Verkehr dem Feinde mit deutschem Stolz begegne, werde sie auch von ihm diejenige achtungsvolle Behandlung erfahren, auf die sie nach den Heidenaten unserer Truppen Anspruch habe. Jeder Mann, jede Frau müsse die nationale Ehre und Würde hochhalten. Jeder möge zur Aufrechterhaltung der Ordnung beitragen.

BB. Ludwigshafen, 28. Nov. Das Oberkommando der Truppen in der Pfalz teilt mit: Nach einer Meldung der pfälzischen Bezirksämter räumen die Entenetruppen die Ortschaften an der Südgrenze der Pfalz, welche sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt haben. Anscheinend erfolgt die Räumung auf Grund des Einspruchs der Waffenstillstandskommission.

Verzögerung der Friedensverhandlungen.

BB. Berlin, 28. Nov. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, überreichte der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission dem Vorsitzenden der internationalen Waffenstillstandskommission folgende Note: 1. Gemäß Artikel 34 des Waffenstillstandsvertrages ist die internationale Waffenstillstandskommission eingesetzt worden, um die bestmögliche Ausführung des Waffenstillstandsabkommens zu sichern. Deutschland hat daher annehmen können, daß hier alle in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Punkte erörtert werden würden und hat von vornherein und wiederholt um die Entsendung aller in Frage kommenden Vertreter durch die Alliierten und die Vereinigten Staaten gebeten. 2. Am 18. November sind schriftliche Bitten um Mitberufung der Waffenstillstandsbedingungen zur See übergeben worden. Hierauf wurde am gleichen Tage erwidert, daß diese Bitten an die zuständige Stelle weitergegeben seien. Am 20. November wurde mitgeteilt, daß Admiral Beatty sich Admiral Meurer gegenüber als nicht zuständig für die Fragen der Handelsseefahrt erklärte, und erneut um Entsendung entsprechender Vertreter gebeten hat. Es sind bisher weder Vertreter noch eine Antwort auf die schriftlich gestellten Fragen eingetroffen. 3. Die Erörterung der Fragen duldet keinen Aufschub, da das deutsche Volk noch schlimmeren Hunger leiden muß als bisher, wenn ihm durch die Verschärfung der Blockade, die der Waffenstillstand gebracht hat, die geringen Zufuhren, die es während des Krieges noch hatte, entzogen werden und die Seefischerei unterbunden wird. Zu der Gefahr des Hungertodes mit allen ihren Folgererscheinungen tritt jetzt schon die große Gefährdung der öffentlichen Ordnung in allen Hafenstädten durch die Arbeitslosigkeit der seefahrenden und Fischereibevölkerung. 4. Es widerspricht dem Wesen eines Vertrages, daß bestimmte Punkte desselben von der Verhandlung einseitig ausgeschlossen werden, während über alle anderen Punkte verhandelt wird. Besonders einseitig muß ein solches Verfahren bezüglich der Zufuhren und der Seefischerei erscheinen, da Deutschland weder willens noch in der Lage ist, den Krieg wieder aufzunehmen, somit also die Voraussetzungen für die harten Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr vorhanden sind.

Die Vorgeschichte des Krieges.

Englische Pressestimme.

w. London, 27. Nov. Die englischen Zeitungen besprechen die bayerischen Enthaltungen. So schreibt die „Westminster Gazette“: Es ist die erstaunlich genaue Ausdeutung der Schuldfrage. Versehen zeigt uns durch einen kleinen Einblick, wie Berlin und Wien entschlossen waren, der Welt den Krieg zu bringen. Niemals in der Geschichte wurde ein Verbrechen so kaltschnitrig und mit mehr Ueberlegung vorbereitet. Napoleon ist dagegen ein unschuldiger Mann. Es ist jetzt Sache der Welt, die Urheber des Verbrechens der Verantwortlichkeit zu überantworten. — „Daily Telegraph“: Von allen Seiten kommt die Bestätigung der Ueberzeugung, die schon längst von allen den Alliierten gezeugt wurde. Wenn wir fragen, warum die deutschen Stämme so viel Wert darauf legen, ihre schmutzigen Wäsche in der Öffentlichkeit zu waschen, so ist die Antwort wahrhaftig, daß sie wünschen, ein für allemal das preussische Uebergewicht zu beseitigen. Vielleicht werden schließlich zwei Republiken entstehen, die eine mit Frankfurt als Hauptstadt, die andere mit Berlin. Wir aber können keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Teilen des früheren Deutschen Reiches machen oder einige Staaten von der Verantwortung für den Krieg entlasten. Bayern ist genau so wie jeder andere Staat hinein verwickelt. Die Enthaltungen der Reichstagskammern nur unsere Ansicht, daß das ganze Deutschland sich dafür entschieden hat, die Verantwortung für das Vergehen der kaiserlichen Regierung zu übernehmen. Deswegen muß es dieselbe Verurteilung und dieselbe Strafe erwarten.

Tagesgeschichte.

Aus der Waffenstillstandskommission, (b.) Berlin, 27. Nov. Um die Verhandlungen mit der Gefangenenfrage zu beschleunigen, hat die deutsche Waffenstillstandskommission die Vertreter der Alliierten zu Besprechungen nach Berlin eingeladen. Die Vertreter Frankreichs, Englands und Amerikas haben zugesagt, in einigen Tagen nach Berlin zu kommen. — Den Vertretern ist weiter mitgeteilt worden, daß man versucht, jetzt ihren Wünschen entsprechend, in Deutschland das Bahnpersonal für den Betrieb der von den Alliierten ausgelieferten Linien zusammenzuführen. Die 3000 Lokomotiven, die sich noch im Osten und auf dem Balkan befinden und von uns in Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen angeboten worden sind, sind nicht Deutsche Lokomotiven, sondern sind durchweg deutscher Herkunft. — Der englische Vertreter übergab im Auftrag der englischen Regierung eine sehr scharf gehaltene Erklärung über schlechte Behandlung der britischen Gefangenen. Die verantwortlichen Personen würden gegebenenfalls zur Verantwortung gezogen werden, ferner voller Krieg verlangt und die Bedingungen des Waffenstillstands unverzüglich mit Gewalt durchgesetzt werden. — Der deutsche Vertreter protestierte sofort gegen die vorzeitige Verurteilung von Gefangenen in der Pfalz und

gegen die vorzeitige Gefangennahme deutscher Soldaten auf linksrheinischem Gebiete.

Erzbergers Antwort.

(b.) Berlin, 27. Nov. In der Sitzung der Reichskonferenz wurden die Staatssekretäre Dr. Solf und Erzberger von dem bayerischen Ministerpräsidenten Eisner angegriffen. Hierauf antwortete Staatssekretär Erzberger u. a.: Wenn Eisner über Clemenceaus Liebe zum Sozialismus Klarheit gewinnen will, brauche er sich nur anzusehen, wie Clemenceau die Sozialisten beider Richtungen behandelte. Beim Betreten des Okkupationsgebietes habe noch kein Arbeiter- und Soldatenrat aufgetaucht, und deren Mitglieder seien eiligst geflüchtet, weil sie fürchten mußten, erschossen zu werden. Admiral Beatty habe die Vertreter der Matrosenräte überhaupt nicht empfangen. Die englische Delegation des Roten Kreuzes habe noch vor wenigen Stunden in Berlin gegenüber Lebedour und Oskar Cohn erklärt, England werde nie mit den Arbeiter- und Soldatenräten verhandeln. Als dringendes Gebot der Stunde bezeichnet Erzberger 1. eine Einigkeitserklärung der deutschen Stämme, 2. die Nationalversammlung und 3. den Präliminarfrieden.

Allerlei Nachrichten.

Der Berliner Vollzugsrat gegen Solf.

* Berlin, 27. Nov. Der Vollzugsrat ersuchte den Rat der Volksbeauftragten 1. schleunigst zu veranlassen, daß Herr Solf aus seiner Stellung ausscheidet, 2. unter Zugiehung von Mitgliedern des Vollzugsrates für die Beschlagnahme und Bewachung aller auswärtigen Angelegenheiten und aller das gestürzte Regierungssystem betreffenden Akten unverzüglich Sorge zu tragen.

Wie sich die Entente

tatsächlich zu den Erscheinungen der Revolution einstellen stellt, scheint aus den Meldungen hervorzugehen, wonach die Besatzungstruppen gegen die A. u. S.-Räte eine ablehnende Haltung einnehmen. So meldet z. B. „Daily Chronicle“: Das nach Deutschland vorrückende Besatzungsheer Englands erhielt den Befehl, Vertreter der sogenannten Arbeiter- und Soldatenräte, die gefährliche Funktionen ausüben wollen, für die Dauer der Besatzung festzunehmen. Eine weitere Maßnahme geht dahin, daß die früheren Behörden als die allein anerkannten Vertreter der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten angesehen sind. — Ferner berichtet der „Matin“ aus Saarbrücken: Der französische Befehlshaber hat die Soldaten- und Arbeiterräte im besetzten Gebiet als Privatvereine mit antimilitärischer Tendenz zwangsweise geschlossen.

Die Lebensmittelversorgung.

(b.) Haag, 29. Nov. Der amerikanische Lebensmittelkontrollleur Hoover, der sich sofort nach seiner Ankunft in Paris mit den Vertretern der Alliierten in Verbindung gesetzt hat, ist der Ansicht, daß die Lebensmittelbedürfnisse der Mittelmächte festgelegt und kontrolliert werden müssen. Es liegt nicht in seiner Absicht Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu besuchen, da es ihm unangenehm ist, die Klagen dieser Länder persönlich entgegen zu nehmen. Es soll daher eine Kommission in Brüssel die Wünsche der Deutschen entgegennehmen.

Holland und der Kaiser.

BB. Paris, 29. Nov. (Havas.) Die holländische Regierung besteht darauf, daß der Kaiser, nachdem er abgedankt habe, nicht mehr als Glied der Armee angesehen und demgemäß auch nicht interniert werden könne. Sie versichert, von dem Staatssekretär Dr. Solf eine Note erhalten zu haben, welche die Abdankung des Kaisers mitteilt. Die holländische Regierung fügte hinzu, sie überwache den Kaiser streng, der das holländische Gebiet nicht verlassen könne. — Der „Matin“ erzählt aus London, daß sich die holländische Regierung in eine heikle Lage versetzt. Man könne nicht sagen, was für eine Wendung die Dinge nehmen würden. Auf der Friedenskonferenz werde auf alle Fälle die Position des Kaisers, des Kronprinzen und anderer Persönlichkeiten erwidert werden. Zur Verantwortung müßten die schuldigen Personen gezogen werden.

Kleine Nachrichten.

(b.) Berlin, 29. Nov. Seit einigen Tagen weilen mehrere Vertreter amerikanischer Blätter in Berlin, dieselben, die sich kürzlich in Frankfurt aufgehalten haben. Bereits Montag haben sie einen ausführlichen Bericht über die schwierige Ernährungslage Deutschlands nach Amerika gelabert.

(b.) Berlin, 29. Nov. Die „Post“ hat über die Vermögensverhältnisse Liebknechts berichtet, daß dieser über eine Villa in Dahlem und über ein Millionenvermögen verfüge. Liebknechts Bruder, der in Frankfurt a. M. wohnt, teilt jetzt den „Frk. N. N.“ mit, daß diese Angaben vollständig aus der Luft gegriffen seien. Sein Bruder, Dr. Karl Liebknecht, besitze Geldes nicht.

(b.) Berlin, 29. Nov. Eine Nachricht besagt, daß Amerikas Aufgabe in Europa noch lange nicht beendet sei. Amerikanische Truppen sollen auch nach dem Friedensschluß in Europa bleiben, um die amerikanische Fürsorge auf alle beteiligten Staaten, auch auf Deutschland zu erstrecken.

(r.) München, 29. Nov. Der frühere bayerische Landtagsabgeordnete Osel (Zentrum) verlangte in der Augsburger „Post“, daß der im Jahre 1866 abgetretene unterfränkische Weich von Preußen wieder an Bayern herausgegeben werde. Mit weit mehr Recht als die Franzosen Elsass-Lothringen, könne Bayern verlangen, daß ihm wenigstens die 1866 abgenommenen Landestheile von Preußen wieder zurückgegeben würden.

(b.) Kassel, 29. Nov. Hier hatte bereits vor einigen Tagen ein Offizier mit zwei Unteroffizieren eine der vom Triumphbogen vor dem Bahnhof wehenden roten Fahnen abzureißen versucht. Am 26., früh 1/6 Uhr, erschienen drei Offiziere und rissen beide roten Fahnen herab. Auf die alarmierte Wachmannschaft schob ein beteiligter Leutnant mit einem Gewehr; er wurde aber von der Wache tödlich verletzt. Die beiden anderen Offiziere wurden verhaftet.

(b.) Flensburg, 29. Nov. Einen unerwarteten Ausgang nahm hier eine Versammlung. Dort hatten die Dänen eine von langer Hand vorbereitete Versammlung zur Befestigung des Kooperationswillens veranstaltet. Die Deutschen, unter ihnen viele Soldaten, hatten die Oberhand. Sie forderten, daß Deutsch gesprochen werde, und vertrieben gegen die Dänen ihren Redner, dem Pastor Schmidt-Rodder, Gehör. Die ganze Versammlung gipfelte schließlich in einer Kundgebung für die Zugehörigkeit Flensburgs zum Deutschen Reich.

(tu.) Rotterdam, 29. Nov. Ein Ausschuss von Offizieren und Vertretern neutraler Mächte, darunter ein Mitglied der holländischen Gesandtschaft, hat eine Untersuchung über die Ursachen der Munitionsexplosion auf dem Brüsseler Bahnhof veranlaßt und kam zu dem Schluß, daß bei der Entladung am Südbahnhof Muntwille von deutscher Seite im Spiele war.

WS. London, 27. Nov. Bis jetzt sind in Harwich 114 deutsche Unterseeboote abgeliefert worden.

w. Boulogne, 29. Nov. Der König von England ist hier eingetroffen. Er reist nach Paris weiter und wird dort feierlich empfangen werden. Beim Dinnerabend im Elysee werden offizielle Toaste ausgetauscht werden. Der König von Belgien trifft am 5. Dezember in Paris ein.

(b.) Genf, 29. Nov. Die französische Gesandtschaft in Brüssel wird zur Botschaft erhoben.

WS. Paris, 29. Nov. Nach Sebastopol (Schwarzes Meer) ist ein Geschwader von Schlachtschiffen abgegangen.

w. Moskau, 27. Nov. Joffe ist mit seinem Personal von Berlin in Moskau eingetroffen.

Willkommen Frontsoldaten!

Dank, Dank dir, deutsches Heer.

Heimkehr, keine Kirchenglocken dröhnen,
Kein Mädchenkranz schlingt euch den Rosenreigen,
Kein Festpolk bringt Dank den Heldensöhnen,
Ihr kommt zur Nacht — die Heimat liegt in Schweigen.

Das wunderbar'ne Herz in Bann geschlagen,
Den Mantel, der oft auch sang, vom Weh verbittert;
Er quält sich ab, er will ein Wort euch sagen,
Bis „Heimat — Heimat!“ von den Lippen zittert.

Greist auf das Wort! Es ist das tiefste Danken
Für euch, der Heimat klutende Bekenner.
Ihr kommt zur Nacht. Still wie der Arzt zum Kranken.
Und in den Morgen wachsen — deutsche Männer.

Rudolf Herzog.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Truppen-Durchmarsch.

*. Oestrich, 29. Nov. Das Bild des Durchmarsches unserer Truppen wird jetzt mit jedem Tag bewegter und bunter. Mit frohen Marschliedern kommen größere Truppenverbände an, um weiter in das Innere unserer Heimat geschickt zu werden. Sie machen durchweg einen guten Eindruck. Auch was die Ausrüstung betrifft, so zeigt sich ein verhältnismäßig solider Zustand. Und so wird es weiter gehen bis in etwa 14 Tagen die feindlichen Besatzungstruppen einrücken und das Bild ein anderes Gepräge zeigen wird.

Die Verwahrlosung der Jugend.

□ Oestrich, 30. Novbr. Der gegenwärtige Trübel auf der Straße entspricht nicht dem Ernste der heutigen Zeit. Namentlich die Kinder treiben großen Unfug mit Feuerwerkskörpern. Nach einer Polizeiverordnung ist der Handel mit diesen Gegenständen bei Strafe verboten. Allgemein wird lebhaft Klage darüber geführt, daß ältere Personen von Jugendlichen in den Abendstunden auf öffentlicher Straße in einer Art und Weise belästigt werden, die geradezu herausfordernd sei. Dieses ist auf das Entschiedenste zu verurteilen und werden die Eltern ersucht diesem Treiben ein Ende zu machen, indem sie die Kinder nach 6 Uhr abends von der Straße fern halten.

Vergebung städtischer Arbeiten.

* Eltville, 29. Nov. Der hiesige Bürger-, Handwerker- und Arbeiterrat beschloß, daß alle städtischen Arbeiten in Zukunft unter gleichmäßiger Verächthaltung aller Geschäftsleute und unter Zugrundelegung des jeweils bestehenden Zeit- und Schichtlohnes bezw. Preisstärks vergeben werden sollen.

Silbernes Ehejubiläum.

*. Mittelheim, 30. Novbr. Am morgigen Sonntag begeht Herr Bahnreis-Schaffner Georg Jobas und dessen Gattin, geb. Seibel dahier, das Fest der Silbernen Hochzeit. Indem wir dem Jubelpaare zu diesem Festtage unsere herzlichsten Glückwünsche darbringen, rufen wir ihm ein Glück auf zur goldenen Feier zu.

Zweckloser Protest.

Weisenheim, 29. Novbr. In einer Versammlung der beteiligten Gemeinden sollte gegen die Rheingau-Elektrizitätswerke wegen Erhebung der Kohlensteuer die Feststellungsklage erhoben werden. Die Versammlung war, da aussichtslos, gegen die Klage.

Sorgt für Arbeitsgelegenheit.

Am Radesheim a. Rh., 22. Nov. Die Heimkehr unserer Krieger verlangt gebieterisch die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, so daß sämtliche entlassene Mannschaften ohne Bezug entsprechenden Verdienst erhalten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß die Frauen, die sich bisher in der Kriegswirtschaft beschäftigt haben, sich baldmöglichst wieder ihrem früheren Berufe zuwenden, daß ferner die Eltern ihre in den Rüstungsbetrieben tätig gewesen jugendlichen Söhnen einen Handwerker oder anderem Berufe zuführen. Andererseits werden die Hausfrauen, die früher Dienstboten gehalten haben oder solche jetzt benötigen, mit der Einstellung von Dienstboten nicht zögern dürfen, damit die in der Rüstungsindustrie freigeordneten Mädchen wieder Unterhalt und Verdienst finden. Die überall eingerichteten Demobilisierungsbüros werden es sich im übrigen angelegen sein lassen, für Arbeitsgelegenheit in allen möglichen Zweigen des Wirtschaftslebens zu sorgen. Sollte solche Gelegenheit fehlen, so wird es unerträglich sein, daß die Staat- und Ge-

meindebehörden Notstandsarbeiten einrichten und auch von den Privatbesitzern kann erwartet werden, daß sie alles dazu beitragen, um einer Erwerbslosigkeit zu steuern. Im Rheingaukreise besonders werden die reichlichen Einnahmen aus den Weinrenten der letzten Jahre die Gutbesitzer und Winger in den Stand setzen, alle die Arbeiten nachholen zu lassen, die wegen Mangels an Arbeitskräften seither unterbleiben mußten. Dazu wird auch die Anrohung von neuen Weinbergen gehören. Voraussetzung ist allerdings das Vorhandensein von genügenden Arbeitskräften. Es erweckt bisher den Anschein, als ob im Rheingaukreise ein Mangel an Arbeitsgelegenheit nicht hervortreten würde, daß sogar in manchen Gemeinden sich das Fehlen genügender Arbeitskräfte bemerkbar machen wird.

Zur Versorgung des Rheingaukreises.

Am Radesheim a. Rh., 29. Nov. Die Störung im Bahnverkehr infolge der Rückbeförderung der Truppen usw. bringt es notwendig mit sich, daß die Lebensmittelversorgung sich nicht in der glatten Form abwickelt, wie gerade unter den heutigen Verhältnissen doppelt wünschenswert ist. Geduld muß daher von allen Bevölkerungskreisen erwartet werden und es ist wohl anzunehmen, daß die augenblickliche Lage auch von allen Seiten angemessenes Verständnis findet. Eine Erhöhung der Wochenbrotmenge um 400 Gr. wird vom Dezember an in Kraft treten. Damit ist schon eine wesentliche Besserung der Ernährung verbürgt. Die Fettmenge, die auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, mußte im allgemeinen wegen der unzureichenden Vorräte eine Kürzung erfahren. Für den Rheingaukreis ist jedoch erreicht worden, daß die seitherige Verteilungsmenge beibehalten wird. Daß die fleischlosen Wochen in Wegfall gekommen sind, ist inzwischen allgemein bekannt geworden. Eine wesentliche Verbesserung der Fleischversorgung wird aber vorerst kaum erwartet werden können, da der Mangel an Kraftfuttermitteln sich mehr und mehr bemerkbar macht, das Vieh infolgedessen immer geringwertiger wird und die außerordentlich gelichteten Viehbestände eine Vermehrung der Zahl des Schlachtviehs kaum zulassen werden. In welchem Maße die Zurückführung des Heeres in die Heimat auf die Verbesserung der Nahmittelversorgung (Suppensachen aus Getreide) einwirken wird, läßt sich noch nicht übersehen. Augenblicklich verhindert die Kohlennot die Herstellung von Nahmittelfabrikaten in erheblichem Maße und es konnten deshalb noch nicht die Mengen zur Anlieferung kommen, die den Kommunalverbänden schon seit Wochen zugesichert worden sind. Kechnlich verhält es sich mit der Marmelade — Bei dieser Gelegenheit mag erwähnt werden, daß durch den Rheingaukreis selbst im allgemeinen nur die Gemeinden mit kleinerer Einwohnerzahl versorgt werden und daß alle größeren Gemeinden des Kreises mit rund 3/5 der Einwohnerzahl mit dem Städteverband Oberlahnstein als Verteilungsstelle in Verbindung stehen. Auf die Zuteilung von Lebensmitteln im allgemeinen hat dies aber keinen Einfluß. Ohne Rücksicht auf diese Gesichtspunkte hat der Kreisausschuß immer mit größtem Nachdruck versucht, bei den zuständigen Stellen eine Besserung der Lebensmittelversorgung des Kreises im ganzen herbeizuführen. Ein befriedigender Erfolg konnte jedoch niemals erreicht werden und insbesondere auch ein wieder in der letzten Zeit gestellter Antrag hatte nicht das gewünschte Ergebnis. Die allgemeinen Verhältnisse liegen eben so ungünstig, daß für den Kreis seitens der höheren Verteilungsstellen nicht mehr getan werden konnte. Vollständig irrig ist die Auffassung, daß seitens des Kreises irgend etwas in der Angelegenheit veräumt worden ist, daß etwa auch die frühere Selbstwirtschaft mit Brotgetreide in Verbindung mit dem Unterraumkreis ungünstig auf die Versorgung eingewirkt hat. Es ist noch neuerdings durch den Herrn Regierungs-Präsidenten wiederholt bestätigt worden, daß der Rheingaukreis nicht als ländlicher (Landwirtschaft treibender) Kreis angesehen wird, sondern daß er weitaus besser bestellt ist, wie die anderen Landkreise des Regierungsbezirks, gerade aus Anlaß seiner besonderen Verhältnisse, die von den maßgebenden Stellen durchaus gewürdigt werden. Allerdings wurde es von den letzteren abgesehen, den Rheingaukreis den benachbarten großen Städten gleichzustellen, da von der Auffassung ausgegangen wird, daß in diesen großen Städten die allgemeinen Verhältnisse verhältnismäßig noch wesentlich ungünstiger liegen als im Rheingaukreis.

Spart Licht!

* Aus dem Rheingau, 30. Nov. Die Gefahr, mit unseren Beleuchtungsmitteln, namentlich mit Gas und Elektrizität in Lieferungschwierigkeiten zu geraten, ist gegenwärtig eine verstärkte. Durch die Abgabe einer sehr großen Zahl von Wagen und Lokomotiven gemäß den Waffenstillstandsbedingungen, durch Rücktransporte des Heeres, durch Verwahrhaltung von Wagen für die ausländische Nahverkehrsmittelzufuhr ist die Kohlenversorgung naturgemäß zeitweilig behindert worden. Lichtvergehung ist deshalb in gegenwärtiger Zeit doppelt unangebracht, denn nur, wenn jeder sich vernünftig einrichtet, können Schwierigkeiten in der Weiterlieferung von Licht vermieden werden.

Die Glocken zurück.

* Aus dem Rheingau, 29. Nov. Vor einigen Tagen wurden die beschlagnahmten Metalle teilweise freigegeben. Wir erinnern die Regierung an das seinerzeit gegebene Versprechen, daß den Gemeinden die beschlagnahmten Glocken zurückgegeben werden, soweit sie noch vorhanden sind. Sie sind noch zum großen Teil vorhanden. Unter allen Umständen muß verhütet werden, daß mit den Glocken kein Handel getrieben und Geschäfte gemacht werden.

Sehr wichtig!

für alle männlichen Personen, die am 2. August 1914 das 45. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Der Feind soll Entlassungsbescheinigungen, in denen nicht ausdrücklich angegeben ist, daß der Inhaber aus dem Heeresdienst entlassen ist, nicht anerkennen. Bescheinigungen mit anderem Wortlaut werden beim Bezirkskommando umgetauscht. Es empfiehlt sich auch, für die am 2. August 1914 noch militärischpflichtigen Personen, die zu keiner Heeresdienst eingegeben oder durch ihre Tätigkeit zurückgestellt waren, sich eine derartige Bescheinigung zu verschaffen. Zwecks schneller Abfertigung bittet das Bezirkskommando, daß jeder in seinen Militärpaß, Landsturmpaß usw. selber mit Tinte in deutlicher Schrift einträgt: „Aus dem Heeresdienst entlassen“, so daß vom Bezirkskommando nur der

Dienststempel daruntergesetzt werden braucht. Behörden, Firmen und Landgemeinden werden gebeten, die Pässe gesammelt zur Abstempelung dem Bezirkskommando durch Boten vorzulegen. Der letzte Passvermerk ist mitzubringen.

Einstellung der Rheingauzüge.

* Mainz, 29. Nov. Die Eisenbahndirektion Mainz gibt bekannt: „Es muß damit gerechnet werden, daß die Kaiserbrücke Mainz für den Übergang des Heeres über den Rhein mit benutzt wird. Der gesamte Zugverkehr Mainz-Wiesbaden und Mainz-Radesheim direkt (Rheingauzüge) wird deshalb in Kürze vorübergehend eingestellt werden.“

Veränderungen in militärischen Stellen.

* Frankfurt a. M., 30. Nov. Das Generalkommando des 18. Armee-Korps wird vorläufig seinen Sitz nicht wieder in Frankfurt a. M. nehmen, sondern in Bad Nauheim. Das stellvertretende Generalkommando des 18. Armee-Korps dürfte demnächst aufgelöst werden. Das Frankfurter Landsturm-Inf.-Ers.-Batt. 18/31 wird nach Villenburger verlegt, das Inf.-Reg. 81 nach Braunsfels bezw. Wehlar, das Feldartillerie-Reg. 68 nach Schlachten bezw. Steinau. Das hiesige Kommando der Luftstreitkräfte erhält seinen Standort in Bad Nauheim. Die Verlegungen sind notwendig, da Frankfurt in die vom Militär zu räumende Neutralitätszone fällt.

Vorräte im Großen Hauptquartier.

* Nach Mitteilungen des Oberbefehlshabers A. und S. Rates wurden bei der Sichtung der Vorräte des Großen Hauptquartiers u. a. dort aufgefunden: 155 Waggons Kohlen, 500 Zentner Speck, 35 Zentner Vutter und große Mengen feinsten Konserve. Die Lebensmittel sollen den zurückkommenden Truppen zugewiesen werden.

Ein Großhafter.

* Idstein, 28. Nov. Der A. und S. Rat fing Sonntag Abend zwei Wagen mit Lebensmitteln ab, die ein gewisser Dr. Spengler seinem hier wohnhaften Schwiegervater, dem Sanitätsrat Dr. Klein, von der Front zuführen wollte. Die Wagen bargen mehrere Zentner Würste, Schinken, Fett, Kaffee, Rippenspeck im Werte von etwa 20 000 Mk. Von der gleichen Kontrolle wurden ferner zwei mit allerlei schönen Sachen beladene Autos und ein Wagen mit Lebensmitteln, alle vom Westen kommend, angehalten.

Die Besetzung Wachsens.

* Wachen 27. Nov. Mittwoch früh um 8 Uhr ist Wachen besetzt worden, nachdem am Montag ein französischer Offizier hier erschienen ist, um sich über den Telegraphen- und Telephonbetrieb zu orientieren. Welcher Nationalität die Besatzungstruppen angehören werden, ist jetzt noch nicht bekannt. Sie werden mit äußerster Ruhe, aber mit merklicher nervöser Spannung erwartet.

Herabsetzung der Wucherpreise.

* Aus der Pfalz wird berichtet: Die Franzosen haben die Wucherpreise erheblich herabgesetzt. So wurde angeordnet, daß ein Ei 10 Pf., ein halber Schoppen Wein 50 Pf., eine Zigarre 10 und 20 Pf., ein Hahn 2.80 Mk. zu kosten hat.

Die Pressefreiheit.

* Berlin, 27. November. Der Rat der Volksbeauftragten hat sofort bei Uebernahme der Regierung vollkommene Pressefreiheit verkündet. Es ist deshalb unzulässig, daß von den Arbeiter- und Soldatenräten oder irgendwelchen anderen Stellen in die Pressefreiheit eingegriffen wird.

Ein Staatsmonopol für Schulbücher?

* Berlin, 26. Nov. Wie dem „Tageblatt“ gemeldet wird, will der Kultusminister Adolf Hoffmann ein Monopol für sämtliche Schulbücher herstellen. Sie sollen unter Aufsicht des privaten Verlagsbuchhandels und der privaten Buchhandlungen von Staatswegen verlegt und gedruckt werden.

Der preuß. Finanzminister Simon

lehnte den Spartakus-Antrag, alle Kriegsanleihen über 5000 Mk. für ungültig zu erklären, als ungerecht ab. Die indirekten Steuern sollen abgebaut, Einkommen- und Vermögenssteuer erhöht, das Erbrecht stark vermindert werden. Die Vergeßlichkeit der Produktion soll nur die ganz großen Unternehmen gegen Zahlung einer Abfindungssumme treffen.

Deutschland verliert Elb-Lothringen,

gewinnt aber Deutsch-Oesterreich mit 10 Millionen Einwohnern und vielleicht auch das deutsche Baltikum mit 4 Millionen Einwohnern. Große Ueberraschungen haben wir erlebt; wie es scheint werden noch größere folgen! Das Weltgericht kommt nach dem Weltkrieg.

10 Prozent unserer Zuckervorräte

sind zu Munition verarbeitet worden. Die großen Fabrik-lager werden von der Regierung demnächst freigegeben. Dann hat die Zuckernot ein Ende.

Verantwortlich: Adam Etienne, Oestrich.

Die Landwirtschaftskammer für den Reg.-Bez. Wiesbaden

läßt am Montag, den 2. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr, im Hofe der Artillerie-Kaserne Wiesbaden, Gersdorffstraße 6,

24 Pferde,

meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Zu der Versteigerung haben nur solche Landwirte und Gewerbetreibende Zutritt, die durch eine amtliche Bescheinigung nachweisen können, daß sie Zugvieh benötigen. Zahlung mittels Schecks, die einen ordnungsmäßigen, mit Stempel und zwei Unterschriften versehenen Vermerk der Bank tragen, daß der Aussteller über ein Bankguthaben verfügt, das mindestens den Kaufpreis der versteigerten Pferde deckt, ist zulässig. — Halfter zum Führen der Pferde sind mitzubringen.

Ein gutes
Zugpferd
steht zu verkaufen bei
Heinrich Schneider 1., Erbach,
Marktstraße Nr. 8.

1918er
zapft, 0/2 zu 1,20 Mark
Heinrich Schneider 1., Erbach,
Marktstraße Nr. 8.

Aufgebot.

Der Privatmann Jakob Johann Sonders in Nymegen in Holland, vertreten durch den Kaufmann Eduard Salgen- dorf in Eltville, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch Eltville Band 22 Blatt 765 Abt. III Nr. 2 am 27. Mai 1907 für Jakob Johann Sonders zu Amsterdam eingetragene zu 4% ver- zinsliche Darlehenshypothek von 14000 Mk. beantragt.

Der Inhaber des Hypothekenbriefes wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 1. März 1919, vormittags 10 Uhr, Zimmer Nr. 3 vor dem unterzeichneten Gerichte an- beraumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Eltville, den 10. November 1918.

Amtsgericht.

Öffentliche Bekanntmachung.

Laut Eintrag in unserm Handelsregister Abt. A bei der Firma Jakob Heinrich, Friedrich bei Eltville, ist in Dortmund eine Zweigniederlassung errichtet.

Eltville, den 19. November 1918.

Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der Arbeitsausschuß für die Begräbnis der heim- lehrenden Krieger und Kriegsbeschädigten hat beschlossen, die Begräbnis am Sonntag, den 8. Dezember mit einer Bewirtung im Saale des Herrn Jakob Kühn stattfinden zu lassen. Der Einheitsbeitrag wegen wird ein Maß Wein gelassen. Die Bürgererschaft wird höflichst gebeten, zur Deckung der Kosten freiwillige Geldgaben den mit der Sammlung beauftragten Damen zu spenden und in die vor- gelegte Liste einzuzichnen. Außerdem werden größere Geld- spenden auf dem Rathause gerne entgegengenommen.

Mit Rücksicht darauf, daß es sich um Begräbnis unserer braven Mitbürger handelt, die über 4 Jahre unter den schwersten Strapazen dem Feinde die Stirn geboten und die deutsche Heimat vor Verwüstungen bewahrt haben, wird gebeten, nach Kräften zur Sammlung beizutragen.

Die Sammlerinnen sind mit Ausweis der Polizeiver- waltung versehen. Der Begräbnistag, der in schlichter Form gehalten wird, beginnt mit Gottesdienst in sämtlichen Kirchen und mit einer Gedächtnisfeier auf dem Friedhofe für die gefallenen und infolge des Krieges gestorbenen Mitbürger.

Oestrich, den 26. November 1918.

Der Bürgermeister: Becker.
Der Arbeiter- und Bürgerrat.

Freiwillige Versteigerung.

Am Dienstag, den 3. Dezember 1918, von vor- mittags 9 1/2 Uhr ab, versteigere ich zu Weisenheim in dem Kellerhaus im „Rassauer Hof“ nachstehend verzeichnete Gegenstände öffentlich meistbietend, gegen gleich bare Zahlung.

150 div. gute Stühle, 12 div. Tische, 8 eiserne runde Tische mit Marmorplatte, div. eiserne Garten- stühle u. Stühle, 1 kompl. Billard, 3 Kleiderständer, 1 Schlafzimmereinrichtung aus Kirschbaum, bestehend aus 2 Betten, 2 Nachtschränken mit Marmorplatten, 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegel, 1 Spiegelschrank, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Kofferboden und dergl. mehr.

Radessheim, den 29. November 1918.

Schnellert,

Gerihtsvollzieher in Radessheim a. Rh.



Wiedersehen war seine und unsere Hoffnung.

Nach 39monatlicher treuer Pflichterfüllung erhielten wir am 25. November ganz plötzlich und unerwartet aus dem Felde die schmerzliche Mit- teilung, daß unser einziger lieber treuer Bruder, Schwager, Onkel und Neffe

Landsturmann

Johann Laquai

(Hallgarten im Rheingau),

im Garde-Landsturm-Batl. Rollendorf, in Folge einer Lungenentzündung, die er sich nach seinem zwischentlichen Urlaub auf der Rückreise nach Russland vor 14 Tagen zugezogen hat, im Alter von 42 Jahren gestorben ist.

In tiefstem Schmerz:

Karl Joseph Derstroff u. Frau,
Elisabeth, geb. Laquai nebst Kindern.

Adam Derstroff u. Frau,
Eva, geb. Laquai nebst Kindern.

Winkel a. Rh., den 30. Novbr. 1918.

Das Totenamt findet am Montag, den 2. Dezember, 7 1/2 Uhr früh, in der Pfarrkirche zu Winkel statt.

Wein-Etiketten sofort nach und billigst die Druckerei da. Blatta.

Möbel und Betten

:: in grosser Auswahl ::
zu sehr billigen Preisen.

Neu aufgenommen!

Sessel- Stuhlsitze u. Liegestühle

:: Grosse Auswahl ::
zu den billigsten Preisen.

Gebr. Hallgarten, Bingen a. Rh. Schmitt- str. 23.

Gegründet 1842.

L. RETTENMAYER

G. m. b. H.

WIESBADEN.

Zentrale: Nicolastrasse 5.
Fernsprecher: Nr. 12, 115, 124, 242, 2376 (Direktion 6611).
Telegramm-Adresse: Rettenmayer, Wiesbaden.
Möbeltransporte von u. nach allen Plätzen.
Ueber-Land-Umzüge.
Lagerung ganzer Wohnungseinrichtungen, Reisegepäck und Speditionsgüter im
Wiesbadener Möbelheim: 8000 qm Lagerfläche.
Sicherheitskabinen.

Spedition, Rollfuhrwerk, Lager, Incasso, Versollungen.

Sammelladungen, Commission, Garten-Kies-Verkauf, Versicherungen.

Reise-Büro: Kaiser Friedrich Platz 2.
Amtliche Fahrkarten-Ausgabe ohne Aufschlag.
Schlafwagenkarten. - Amtl. Gepäckabfertigung und Beladung zu und von den Zügen.
Reisegepäck-Versicherung.
Reiseunfall-Versicherung.
Fernsprecher für Reisebüro: Nr. 242 und 2376.



Zu Weihnachten

empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in

Spielwaren

aller Art und laden zum Besuche höflichst ein

Geschw. Wilhelmy, Oestrich.

Vergrößerungen

nach jeder kleinen Photographie oder aus jedem Gruppenbilde, auch von Zivil in Feldgrau, werden billigst ausgeführt.

Semi-Emallobilder für Broschen, Anhänger etc.

Sinnreichstes Geschenk.

Frieda Simonsen, Rheinstrasse 56; Wiesbaden.

Kriegs- Trauerbildchen als Andenken an Gefallene liefert schnellstens „Rheingauer Bürgerfreund“.

Fort mit jeder minderwertigen Schuhkrem!



Dr. Gentner's Delwachslederputz

Rigrin

kein Teerprodukt, keine Wassercreme, stets gleichmäßige, reine Delwachsware erhält das Leder dauerhaft, gibt schönsten, auch bei Regen und Schnee haltbaren Hochglanz.

Hersteller, auch des beliebten Parfettbodenwachs „Moderin“: Carl Gentner, Göttingen.

Arbeiter

finden dauernde Beschäftigung in der

Seiffellerei Söhnelein, Schierstein a. Rh.

Prima Därme

und

Butt-Därme

zu Hauschlachtungen empfiehlt

Emil Hallgarten, Winkel.

Cigarren

in jeder Preislage, ein groß und ein detail, sowie garantiert reinen Tabak zu haben bei

J. Hennemann,

Winkel am Rhein, :: Taunusstraße 1. ::

Zimmerofen

zu verkaufen.

Oestrich, Dillmannstraße 8.

Sonderkurse

für Kaufleute u. Private

a) für Herren,
b) für Damen,

Banckante, Konto-Korrent- u. Hauptbuchhalter, Rentner, Ge- schäftsinhaber usw.

Beginn Anfang Dezember

Nach Wahl Nachmittags- oder Abendkurse, (für zurückgekehrte Kriegsteilnehmer ermäßigtes Honorar.)

1. Bilanzen- und Steuer- erklärung

(Technik u. Praxis, Monats- prüfungsmethode, Journali- sierung.)

(Brutto-, Netto-, Schluss-Auf- stellungen mit Gewinn- und Verlustberechnung u. Bücher- abschl.)

2. Bankrechnen

Prozent- und Zinsrechnung, Kontokorrent nach allen Sy- stemen, (progressiv u. mit roten Zahlen, retrograd und Staffei- rechnung.) Rechenbeispiele.

3. Vermögensoverwaltung u. Privat-Buchführung.

Effektenwesen (An- u. Verkauf) Bank- u. Börsengebräuche. Anmeldungen gefl. sofort erbeten.

Hermann Bein

Diplom.-Kaufmann u. Diplom.-Handelslehrer; Beidseitiger Bücherrevisor und Kaufmann. Sachverständiger

Wiesbaden

Rhein- strasse 115

nahe der Ringkirche Fernsprecher 223.

1918er Wein

per 1/2 Liter 2.— Mk., zapft

Schmiedemeister

Thomas Jdstein, Oestrich.

1918er Federweisser

bei

Franz Jos. Wagner,

Oestrich, Marktstr. 13.

1918er Wein,

per Schoppen Mk. 2.20 zapft

Rathasar Petri, Oestrich.

Untere Hühnerstraße.

Naturwein

1918er

zapft

Frau Peter Kremer Ww.,

Erbach, Taunusstraße 7.

Zwei prima

Fahrohlen

preiswert zu verkaufen.

C. Windolf, Oestrich.

Jungen jugendlicher

Fahrochse

zu verkaufen.

Frk. Milla Baumann,

Baumann's Hof,

(Post Schlagenbad.)

Ein junger schwerer

Fahrochse,

steht zu verkaufen bei

Georg Freimuth,

Winkel a. Rh., Rhodanusstr. 32.

Schiefertafeln

mit einfachen und doppelten

Linien empfehlen

Geschwister Wilhelmy,

Oestrich.

Gebrauchter

Kassenschrank

zu kaufen gesucht.

Näheres Verlag d. Btg.

Nehme zu jeder Zeit

Hausschlachtungen

an, auch auswärts.

Johann Lebert, Metzger,

Erbach im Rheingau,

Marktstraße 6.

Evangelische Kirchen-Gemeinde

des oberen Rheingaus.

Sonntag, den 1. Dezbr. 1918.

1. Advent.

10 Uhr vorm.: Gottesdienst

in der Pfarrkirche zu Erbach.

11 Uhr vorm.: Christenlehre

der Mädchen.

Evangelische Kirchen-Gemeinde

Oestrich.

Sonntag, den 1. Dezbr. 1918.

1. Advent.

9 Uhr vorm.: Gottesdienst in

Oestrich.

11 1/2 Uhr vorm.: Gottesdienst

in Erbach.